



# MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!



**BILDUNGSMODULE FÜR DIE BETRIEBLICHE AUSBILDUNG**  
**HANDREICHUNG FÜR AUSBILDER\*INNEN**  
**»DEMOKRATIEBILDUNG«**

# Impressum

Düsseldorf  
November 2019

## Herausgeber:

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,  
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193

E-Mail: [info@gelbehand.de](mailto:info@gelbehand.de)

[www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)

[www.facebook.de/gelbehand](https://www.facebook.de/gelbehand)

## Projektleitung:

Dr. Klaudia Tietze

## Redaktion der Gesamtreihe:

Yvonne Fischer, Dr. Klaudia Tietze

## Gestaltung:

Doris Busch Grafikdesign

## Coverfoto:

Photographie.eu / Adobe Stock

## Icons:

made by Freepik from [www.flaticon.com](http://www.flaticon.com)

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar.

Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie **leben!**

Gefördert von:



# VORWORT

Der betriebliche Alltag ist geprägt durch die Pluralität unserer Gesellschaft. Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Ansichten arbeiten und leben hier gemeinsam. Die Zusammenarbeit wird dabei durch verschiedene Faktoren beeinflusst: sozioökonomische Bedingungen, politische und weltanschauliche Haltungen oder die kulturelle Herkunft.

Berufliche Bildung trägt diesen Bedingungen Rechnung, indem sie für ein umfassendes Bildungsverständnis eintritt. Die Kernaufgabe – die Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz – wird sinnvoll ergänzt durch Maßnahmen und Angebote, die soziale Aspekte in den Blick nehmen.

Die Förderung sozialer Kompetenzen beinhaltet den demokratischen Umgang mit vielfältigen Unterschieden. Ziel ist es, einen respektvollen und wertschätzenden Umgang im Betrieb zu etablieren, sodass Ausgrenzung und Diskriminierung keinen Platz haben.

Im Rahmen des Projektes „Aktiv im Betrieb für Demokratie und Vielfalt“ wurde ein modulares Bildungsangebot erstellt, das diese Aufgabe in den Blick nimmt und aktiv zur Förderung eines produktiven Umgangs mit Pluralität beitragen möchte.

Gemeinsam mit den Projektbetrieben Rheinbahn AG und Evonik Industries AG wurden drei thematische Veranstaltungen zu folgenden Themen entwickelt: Demokratiebildung, Konfliktlösungskompetenz und Antirassismus.

Zielgruppe der Bildungsangebote sind Auszubildende und Jugendliche, die sich auf eine Ausbildung vorbereiten. Die Bildungsveranstaltungen sind so aufgebaut, dass sie von Ausbilder\*innen und anderen Multiplikator\*innen selbstständig durchgeführt werden können. Neben der Beschreibung der Inhalte und des Ablaufs gibt es zur inhaltlichen Vertiefung zusätzlich jeweils eine Handreichung.

Folgende Bildungsmodule sind erhältlich:

- Kommunikation – Kritikfähigkeit – Konfliktlösungskompetenz (Tagesveranstaltung)
- Demokratiebildung (Tagesveranstaltung)
- Umgang mit rassistischen Sprüchen (Halbtagsveranstaltung)

Unsere Bildungsmodule sind frei zugänglich und erhältlich unter: [www.gelbehand.de/aktivimbetrieb](http://www.gelbehand.de/aktivimbetrieb).



# INHALTSVERZEICHNIS

1.	Demokratie in Zeiten gesellschaftlicher und ökonomischer Umbrüche.....
2.	Demokratie – die Geschichte einer 2500 Jahre alten Idee.....
2.1	Die Ursprünge im antiken Griechenland.....
2.2	Die Römische Republik – Prinzipien republikanischen Denkens.....
2.3	Die Entstehung moderner Demokratien .....
2.3.1	England .....
2.3.2	Die Vereinigten Staaten von Amerika.....
2.3.3	Frankreich .....
2.3.4	Deutschland – die „verspätete Nation“ .....
2.3.5	Die Demokratisierung der Demokratie – das Frauenwahlrecht.....
3.	Herausforderungen liberaler Demokratien .....
3.1	Der Aufschwung der extremen Rechten zu Beginn des 21. Jahrhunderts.....
3.2	Das rechte politische Spektrum – eine Begriffsklärung .....
3.3	Die Situation in Deutschland – die Entwicklung des rechtspopulistischen Gedankens.....
3.4	Die Eckpfeiler rechter antidemokratischer Ideologien.....
3.5	Die Krise der Demokratie im Rahmen der Arbeitswelt .....
4.	Demokratie im betrieblichen Alltag und in der Ausbildung .....
5.	Literatur.....



# 1. DEMOKRATIE IN ZEITEN GESELLSCHAFTLICHER UND ÖKONOMISCHER UMRÜCHE

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Demokratie als Staats- und Gesellschaftsordnung in der Kritik. Immer öfter wird dabei Demokratie als friedenssichernde, rationale und auf gemeinsame Verantwortung setzende Form praktischer Politik grundlegend abgelehnt. Der Grundkonsens unserer Gesellschaft, ihre demokratische Verfasstheit, steht somit infrage.

Global betrachtet war 2015 das zehnte Jahr in Folge, in dem die Demokratie als politische Struktur mit ihren Institutionen und einer gelebten Praxis der Mitbestimmung zurückging. Sozialwissenschaftler\*innen sprechen vor diesem Hintergrund bereits von einer „Rezession der Demokratie“.<sup>1</sup>

Auch innerhalb unserer Gesellschaft werden die Stimmen lauter, welche die Demokratie im Allgemeinen für eine Reihe gesellschaftlicher Probleme verantwortlich machen. Diese Kritik gefährdet zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch Pluralismus aus – eine Vielzahl von Lebensweisen und Weltanschauungen existieren friedlich nebeneinander. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird dabei durch demokratische Institutionen und Verfahrensweisen immer wieder neu hergestellt.

Dabei kann und muss eine Demokratie viel aushalten. Sie lebt von der Aushandlung gesellschaftlicher Kompromisse. Aber ihr Zusammenhalt und ihre Stabilität bemessen sich auch daran, wie – trotz aller Unterschiede zwischen Gruppen – die Gleichwertigkeit aller Menschen gesichert und gestärkt werden kann.<sup>2</sup> Lässt die gesellschaftliche Integrationskraft nach, so kommen Volk und Nation als Ersatz für nachlassende Integrationsfaktoren ins Spiel. Die Nation erscheint in unsicheren Zeiten als die letzte Garantie.

Seit Beginn der 2000er-Jahre hat die Infragestellung der Demokratie kontinuierlich zugenommen. Die Krise der Demokratie steht in direktem Zusammenhang mit der Entgrenzung wirtschaftlicher Verhältnisse, der Entfesselung der Finanzmärkte, neuen Bedrohungen durch islamistischen Terrorismus, Rassismus und Antisemitismus, der Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrundes, dem Erstarren populistischer Parteien und Bewegungen und dem Vertrauensverlust in Politik und Wirtschaft.

Die Stabilität demokratischer Gesellschaften steht auch im Zusammenhang mit ökonomischen Transformationsprozessen. Obwohl die Bundesrepublik in Summe noch nie so reich war wie heute, sind 16 Prozent der Bevölkerung verarmt, jedes fünfte Kind lebt in Armut.<sup>3</sup> Die Ursache ist in einer zunehmend ungleichen Verteilung privater Einkommen und Vermögen zu suchen. Hinzu kommen wirtschaftspolitische Entscheidungen, die eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für weite Teile der Bevölkerung nach sich ziehen. Die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, Standortverlagerungen und damit verbundene Restrukturierungen führen zu Arbeits- und somit Lebensbedingungen, in denen das Gefühl von Krise als Dauerzustand herrscht. Das gesellschaftliche und arbeitsweltliche Leben ist geprägt von Abstiegsängsten und Existenzsorgen. Leistungsdruck und Konkurrenz verstärken die soziale Spaltung.

Vor diesem Hintergrund mag es nicht verwundern, dass auch in Betrieben ein Resonanzboden für rechtspopulistische Anschauungen existiert. Rechtspopulistische Einstellungen werden an verschiedenen Aspekten sichtbar: von vorsichtigen Äußerungen von Befürchtungen und Ängsten gegenüber Geflüchteten über deutlich fremdenfeindliche und rassistische Statements bis hin zur Infiltration der betrieblichen Interessenvertretung.

1. Vergleiche Förster/Mario, Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.): *Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke*, Frankfurt am Main 2019, S. 9.

2. Vergleiche Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände*, Bonn 2016, S. 203.

3. Vergleiche dazu Bontrup, Heinz-Josef: *Die Arbeitsmärkte waren in Deutschland noch nie in einem so schlechten Zustand*.



Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. „[Sie ist] jene gesellschaftliche Lebensform, die sich nicht von selbst herstellt, sondern gelernt werden muss.“<sup>4</sup> Die Arbeitswelt ist dabei von herausgehobener Bedeutung. Sie ist ein Ort, an dem die pluralistische Gesellschaft sichtbar wird und die unterschiedlichsten Menschen aufeinandertreffen. Durch die Pluralisierung der Lebenswelten kommt man immer seltener mit anderen Ansichten und Lebensweisen in Kontakt. Die Arbeitswelt stellt vor diesem Hintergrund eine Ausnahme dar, die sie als Lernort für Demokratie prädestiniert. Das Wissen über Demokratie ist nicht einfach gegeben, sondern muss mit Blick auf die nachwachsenden Generationen immer wieder erlernt und praktisch angewendet werden.

Für das Erlernen von Demokratie braucht es Gelegenheit und Muße. Diese nehmen jedoch ab in einer Welt, die sich durch eine zunehmende Beschleunigung aller Lebensbereiche auszeichnet. Auch darin liegt eine Gefahr. Schon Carl Schmitt, Vordenker des Nationalsozialismus, pries den Modus der Beschleunigung als wesentliche Methode zur Bekämpfung von Parlamentarismus und Demokratie.<sup>5</sup> Zeiten der Beschleunigung sind Zeiten, in denen weniger nachgedacht wird, in denen es

weniger um Verstand und mehr um Affekte geht, in denen der Eskalationsgrad von Konflikten prinzipiell höher ist. Gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen werden in einer solchen Zeit weniger dialogorientiert geführt und von scheinbaren Sachzwängen dominiert. Das heißt, dass die Ziele politischer Auseinandersetzungen und die Wege zu deren Erreichen nicht als vielfältig und immer auch anders möglich begriffen werden, sondern vielmehr als alternativlos in Bezug auf die jeweils verfolgte politische Entscheidung.

In diesem Sinne nehmen Sie sich für die vorliegende Handreichung ein wenig Zeit. In einem ersten Schritt werden die Grundlagen moderner Demokratien vor dem Hintergrund ihrer 2500 Jahre währenden Entstehungsgeschichte dargelegt. Was können wir heute aus den unterschiedlichen Entwicklungen und Ausformungen demokratischer Gesellschaften lernen? In einem zweiten Schritt soll gezeigt werden, worin die gegenwärtigen Gefahren für unsere Demokratie liegen. Durch welche Akteur\*innen und in welcher Weise wird die Demokratie infrage gestellt? Im abschließenden Teil soll gezeigt werden, in welchem Zusammenhang diese Entwicklung mit Veränderungen in der Arbeitswelt steht und was man dagegen tun kann.

4 Negt, Oskar: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010, S. 174.

5 Gross, Raphael: Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre, zitiert nach Salzborn, Samuel: Populismus als Herausforderung für die beschleunigte Demokratie im 21. Jahrhundert, in: Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und Politische Bildung, Frankfurt am Main 2018, S. 24.



## 2. DEMOKRATIE – DIE GESCHICHTE EINER 2500 JAHRE ALTEN IDEE

„Die Verfassung, die wir haben [...] heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“

Perikles (500– 429 v. Chr.)

### 2.1 Die Ursprünge im antiken Griechenland

Der Begriff „Demokratie“ taucht erstmals im antiken Griechenland des 5. Jahrhunderts vor Christus auf und bezieht sich auf die Regierungsform der antiken Stadtstaaten. Diese zeichnen sich durch direkte Demokratie mit Bürgerbeteiligung aus. Bürger im politischen Sinne waren jedoch nur ca. 15 Prozent der Bevölkerung. Frauen, Sklaven und Bewohner ohne Bürgerstatus waren von der politischen Gestaltung des Gemeinwesens ausgeschlossen. Die Vollbürger hingegen übten die volle Gesetzgebungs-, Regierungs-, Kontroll- und Gerichtsgewalt aus.

Diese Regierungsform unterschied sich in folgenden Punkten von modernen Demokratien:

- Es gab kein Parlament, keine Parteien oder Berufspolitiker\*innen.
- Regieren und Regiertwerden waren eins.
- Nur ein geringer Teil der Einwohner\*innen verfügte über Bürgerrechte.
- Unveräußerliche Menschenrechte waren unbekannt. Freiheit und Gleichheit für den oder die Einzelne/n gab es nur im Rahmen der Zugehörigkeit zur Bürgergemeinschaft.
- Soziale oder ökonomische Themen wurden nicht politisch geregelt. Die Frage nach sozialem Ausgleich wurde nicht gestellt.

Folgende Aspekte antiker Demokratie sind bis heute wichtig für ein lebendiges, demokratisches Gemeinwesen:

- Im Zentrum standen das Miteinanderreden, das Abwägen der Argumente und schließlich das Treffen einer Entscheidung, die für alle bindend war.
- Alle Bürger besaßen das Recht der Rede. Es wurde erwartet, dass sie sich an der politischen Willens- und Entscheidungsbildung beteiligen.
- Die athenische Demokratie lebte vom Engagement ihrer Bürger und von der gemeinsamen Sorge um das Gemeinwesen.
- Die Athener waren von der politischen Urteilskraft eines jeden überzeugt.

Bereits am Beispiel antiker Stadtstaaten zeigt sich die paradoxe Seite von Demokratien. Wenn das Volk frei ist, alles zu tun, dann kann es auch die Demokratie selbst, seine eigene Herrschaft, abschaffen und durch andere Ordnungsformen bis hin zu Tyrannei oder Diktatur ersetzen. Die Gefahr, dass das Volk seine eigene Herrschaft beendet, ist somit in der Demokratie selbst angelegt. Bereits in den Anfängen der Demokratie kam es in Athen zur Aufhebung der Demokratie als Herrschaftsform. Vor dem Hintergrund kriegerischer Auseinandersetzungen mit Sparta wurde im 4. Jahrhundert in der Volksversammlung beschlossen, die Demokratie vorläufig aufzuheben und die Macht in die Hände weniger Männer zu legen.

Für ein solches Argumentationsmuster, dass die Demokratie im Kriegsfall keine tragfähige Regierungsform sei, lassen sich auch gegenwärtig Beispiele finden. Diese Argumentation schließt sich an die Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse als Kampf bzw. Kriegszustand an.<sup>6</sup>

6 Vergleiche Verfassungsschutzbericht 2017, Hrsg. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Stand: Juli 2018, unter [www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf](http://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf), abgerufen am 16.05.2019.



## 2.2 Die Römische Republik – Prinzipien republikanischen Denkens

Das Römische Reich war von seiner Regierungsform her eine Oligarchie, also eine Herrschaft weniger. Wichtig für moderne Demokratien ist jedoch das republikanische Denken. Nach republikanischer Denkart musste eine politische Ordnung, wollte sie gut und gerecht sein, auf Recht, Gesetz und Gemeinwohl beruhen. Vorgesehen war auch, dass eine Republik – als im Wortsinn „Sache des Volkes“ – ihre Bürger an der Formulierung der Gesetze und der Herstellung des Gemeinwohls zu beteiligen hatte.<sup>7</sup>

## 2.3 Die Entstehung moderner Demokratien

Demokratien, wie wir sie heute kennen, entstanden im 17. und 18. Jahrhundert infolge politischer, kultureller und sozialer Veränderungen. Wegweisend für ihre Ausgestaltung waren die Entwicklungen in England, Frankreich und den USA.

Wenn man die weltweite Verbreitung der Demokratie als Staatsform historisch betrachtet, so lässt sich beobachten, dass der Sieg der alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg eine Welle der Demokratisierung auslöste, die in den 1960er-Jahren des 20. Jahrhunderts zu 36 Demokratien führte. Zwischen 1974 und 1990 vollzogen noch mal etwa 30 Länder den Übergang zu Formen demokratischer Herrschaft. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erreichte die Zahl der Demokratien weltweit mit etwa 120 Staaten einen vorläufigen Höhepunkt. Es entstanden demokratische Regime im Lateinamerika, Südkorea und Taiwan, zum Teil in Afrika, in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie im Nahen Osten.<sup>8</sup>

Neuere Entwicklungen verdunkeln das Bild. In manchen Weltregionen ist die Demokratie eher die Ausnahme als die Regel (in großen Teilen Afrikas, Südostasiens, im Nahen Osten, aber auch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion). Zudem verlief der Übergang von diktatorischen und autoritären

<sup>7</sup> Darunter wurde jedoch keine direkte und unmittelbare Beteiligung aller freien Bürger wie in der Polisdemokratie Griechenlands verstanden.

<sup>8</sup> Vergleiche Informationen zur politischen Bildung 332, 1/2017, S. 46.

Regimen zu demokratischen Ordnungen keineswegs immer gradlinig. Manche Umwandlungsprozesse sind stecken geblieben, andere offensichtlich gescheitert. Zum Teil finden autoritäre Entwicklungen statt, werden wichtige Grundrechte wie Presse- und Versammlungsfreiheit sowie der Schutz der Person beschnitten. Wichtige Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz werden außer Kraft gesetzt.<sup>9</sup>

Das Jahr 2018 ist das 13. Jahr in Folge, in dem die Anzahl demokratischer Staaten weltweit zurückgeht. Auch in Europa gerät die Demokratie zunehmend unter Druck. Daher ist eine der großen aktuellen politischen Herausforderungen nicht nur, bestehende demokratische Verhältnisse zu erhalten, sondern die demokratische, gleichberechtigte Teilhabe weiter auszudehnen.<sup>10</sup>

Folgende Voraussetzungen ermöglichen die Entstehung moderner Demokratien:

- Die Herausbildung großer Territorialstaaten<sup>11</sup> zwingt zur Suche nach neuen Formen politischer Willens- und Entscheidungsbildung. Es entstehen neue Institutionen, um die Beteiligung möglichst vieler Bürger sicherzustellen.
- Die Reformation<sup>12</sup> und die anschließenden Religionskriege bringen das Thema der Religionsfreiheit und der Toleranz auf die politische Tagesordnung. In der Folge wird Glaubensfreiheit zu einer politischen Forderung. In Verbindung mit den Idealen der Aufklärung entsteht die Idee, dass Freiheitsrechte und Grundrechte

<sup>9</sup> Vergleiche ebenda.

<sup>10</sup> Vergleiche Freedom House: Freedom World Report 2019 unter [www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2019/democracy-in-retreat](http://www.freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2019/democracy-in-retreat), abgerufen am 16.05.2019. In diesem Sinne ist auch das sichtbare Einfordern politischer Rechte durch neue Akteur\*innengruppen wie die LGBTQ-Bewegung ein positives Anzeichen einer lebendigen Demokratie.

<sup>11</sup> Die allermeisten Nationalstaaten zeichnen sich durch eine große Bevölkerungszahl aus. Die Tatsache, sehr viele Menschen in den Prozess der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung einzubeziehen, macht neue Formen der Beteiligung notwendig.

<sup>12</sup> Die Reformation als kirchliche Erneuerungsbewegung im 16./17. Jahrhundert führte zur Spaltung des westlichen Christentums in verschiedene Konfessionen (katholisch, lutherisch, reformiert). Die in diesem Rahmen geäußerte Kritik an der römisch-katholischen Kirche bezog sich unter anderem auf den Handel mit Ablassbriefen (das Erlassen von Strafen für begangene Sünden) und die Käuflichkeit kirchlicher Ämter. Im Endergebnis führt die Reformation zu einer Vergrößerung des religiösen Angebotes.



an das Individuum gebunden sind und individuell garantiert werden müssen.

- Die Industrialisierung<sup>13</sup> verändert die Rolle und das Selbstverständnis des Bürgertums. Die bürgerliche Forderung nach wirtschaftlicher Betätigungsfreiheit und rechtlicher Absicherung von Privatbesitz beendet die Privilegien des Adels.
- Die Aufklärung<sup>14</sup> bewirkt eine neue Rechtfertigung politischer Machtausübung. Sie soll an den Grundsätzen der Vernunft ausgerichtet sein. Damit verbunden ist die Vorstellung, dass jede politische Ordnung nur vom Einzelnen und seiner Freiheit her zu denken ist.

Aus diesen politischen, kulturellen und sozialen Veränderungen ergibt sich die historisch neue Frage, wie in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen umzugehen ist. Die politische Antwort mündet in die Forderung nach einer Beschränkung der Herrschermacht, nach Trennung der Gewalten und in die Vorstellung von der Souveränität des Volkes. Politische Realität werden diese Forderungen auf verschiedenen Wegen.

### 2.3.1 England – eine parlamentarische Monarchie

In England verändert sich die politische Ordnung im Zuge der Bürger- und Religionskriege des 17. Jahrhunderts. Dem Parlament gelingt es zunehmend, der Krone Rechte abzurufen und eine konstitutionelle Monarchie mit einer Vorrangstellung des Parlaments gegenüber dem König bzw. der Königin zu errichten.

Die theoretische Begründung für die Grundlagen der Demokratie in England liefert der Staatstheoretiker John Locke (1632–1704). Ihm zufolge

stellt die staatliche Ordnung ein Vertragsverhältnis zwischen der Regierung und den Bürgern dar. Für das Zustandekommen dieser Ordnung ist die Regierung auf die Zustimmung und das Vertrauen der Bürger angewiesen. In diesem Sinne übt die Regierung die Amtsgeschäfte in Treuhänderschaft für die Bürger aus. Der Zweck der eingesetzten Regierung ist an die Wahrung individueller Rechte gebunden – den Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum. Diese Rechte befinden sich im Besitz jedes/r Einzelnen und können ihm/ihr nicht genommen werden, auch nicht durch willkürliches Regierungshandeln. Die Wahrung individueller Rechte und Freiheiten legt somit die Grenze des Regierungshandelns fest.

### 2.3.2 Die Vereinigten Staaten von Amerika

In Nordamerika verändert die Amerikanische Revolution die Grundlagen der politischen Ordnung. Ausdruck finden diese Veränderungen in der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und den nachfolgenden Verfassungen. Mit der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 gelten Leben, Freiheit und Eigentum<sup>15</sup> als unveräußerliche, natürliche Rechte<sup>16</sup>. Diese Rechte begrenzen die politische Macht. Sie dürfen weder durch Regierungsgewalt noch durch die wahlberechtigte Mehrheit verletzt werden.

Das Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Legislative (Gesetzgebung), Exekutive (Regierung) und Judikative (Rechtsprechung) wird eingeführt. Die Instanzen kontrollieren sich gegenseitig.<sup>17</sup>

In der Diskussion um die US-amerikanische Verfassung wird auch das Verhältnis von Demokratie und Pluralismus erläutert – eine Frage, die auch für gegenwärtige demokratische Gesellschaften be-

13 Die Industrialisierung bezeichnet den Übergang von landwirtschaftlichen zu industriellen Produktionsweisen. Die Zunahme und wachsende Bedeutung von Städten, der Wandel von der Selbstversorger- zur Fremdversorgergesellschaft, Geburtenrückgang und wirtschaftliches Wachstum sind die Folgen.

14 Die Aufklärung als vorrangig europäische Geistesströmung entsteht im 18. Jahrhundert. Neue, bahnbrechende Erkenntnisse in der Astronomie, der Physik und anderen Naturwissenschaften führen dazu, dass gegen staatliche und kirchliche Bevormundung aufbegehrt wird. Die Prinzipien der Vernunft, die Ideale der Gleichheit, der geistigen Freiheit und der Toleranz werden zum Selbstverständnis der bürgerlichen Kultur.

15 Bzw. das „Streben nach Glück“, wie es in der Unabhängigkeitserklärung heißt.

16 „Natürliche“ Rechte sind sie deswegen, weil sie als Rechte vorgestellt werden, die jedem Menschen qua Geburt und vor jeder Einbindung in eine politische Gemeinschaft zustehen.

17 Das System der Gewaltenteilung soll durch die sogenannten „checks and balances“ (Überprüfung und Ausgleich) aufrechterhalten werden. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass es nicht ausreicht, die Gewalten nur zu trennen und ihnen ihre Unabhängigkeit zu garantieren, sondern man muss den verschiedenen Gewalten auch die Machtmittel an die Hand geben, die eigenen Interessen zu verteidigen.



deutsam ist. James Madison<sup>18</sup>, späterer Präsident der Vereinigten Staaten, bestimmt das Verhältnis von politischer Willensbildung und Pluralismus wie folgt: Die politische Ordnung verhindert die gewaltsame Austragung von Interessenkonflikten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Sie begrenzt die Bestrebungen von Interessengruppen, die im Gegensatz zu den individuellen Rechten anderer Bürger oder den übergeordneten Gesamtinteressen der Gemeinschaft stehen. Madison argumentiert, dass es darauf ankomme, die Auswirkungen unterschiedlicher Interessen und Wertvorstellungen der Bürger zu kontrollieren und nicht deren Ursachen, nämlich die Freiheit und die prinzipielle Unterschiedlichkeit der Menschen, zu beseitigen. Als Hauptquelle unterschiedlicher Interessen identifiziert Madison die ungleiche Verteilung von materiellem Reichtum.<sup>19</sup>

In Bezug auf die Bundesrepublik im Jahr 2018 ist festzustellen, dass in kaum einem anderen Land in Europa die Vermögen so ungleich verteilt sind. Insgesamt besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte zusammen etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens – netto, also abzüglich Schulden. Die unteren 20 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa neun Prozent aller Haushalte haben negative Vermögen – sie sind verschuldet. Die genannten Zahlen beruhen auf konservativen Schätzungen, das wahre Ausmaß der Ungleichheit könnte noch größer sein. Schließlich sind hohe und sehr hohe Vermögen in den meisten Statistiken untererfasst – die Stichproben beruhen häufig auf freiwilligen Umfragen, an denen sich Multimillionär\*innen oder Milliardär\*innen in der Regel nicht beteiligen. Nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung, die außer freiwilligen Angaben weitere Zahlen berücksichtigt, könnte

18 Geboren 1751, gestorben 1836.

19 „Die am weitesten verbreitete und dauerhafteste Quelle von Parteien ist jedoch immer die ungleiche Verteilung des Eigentums gewesen. Besitzende und Besitzlose haben immer verschiedene Interessengruppen innerhalb der Gesellschaft gebildet. [...] Diese vielfältigen und einander widersprechenden Interessen zu regulieren, ist die wesentliche Aufgabe der modernen Gesetzgebung. Der Umgang mit Parteien und Parteiungen gehört also zu den normalen Erfordernissen der Regierungstätigkeit.“ Aus dem Federalist Paper No. 10, zitiert nach Hans Vorländer, Bundeszentrale für Politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Heft 332, 1/2017, S. 30.

das reichste Prozent aller Haushalte ein Drittel des Gesamtvermögens besitzen.<sup>20</sup>

### 2.3.3 Frankreich

Die Französische Revolution, die am 14. Juli 1789 mit dem Sturm auf ein Gefängnis, die Bastille, beginnt, stellt für Kontinentaleuropa den Wendepunkt im Ringen um eine demokratische Staatsordnung dar. Mit der Souveränitätserklärung des Bürgertums und der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte<sup>21</sup> kann die absolutistische Herrschaft des Ancien Régime gestürzt und die Bevölkerung aus der feudalistischen Gesellschaftsordnung befreit werden.

Die Gewährung individueller Rechte für alle Bürger bildet den Grundstein der neuen politischen Ordnung. Die Souveränität des Volkes wird zur entscheidenden Gesetzgebungsinstanz. Gesetze ermöglichen und sichern dabei die Freiheit des/der Einzelnen. Gleichzeitig verlangt das Gesetz aber auch von den Bürgern, dass sie es befolgen und sich ihm unterwerfen, wodurch die individuelle Freiheit eingeschränkt wird. Eine solche Einschränkung lässt sich nur damit rechtfertigen, dass sich die Bürger selbst die Gesetze gegeben haben.

Volkssouveränität bedeutet also, dass sich die Bürger zu Einschränkungen ihrer individuellen Rechte verpflichten. Diese Einschränkung wiederum ermöglicht erst die Freiheit im politischen Sinne. Alle Menschen mit ihren jeweils unterschiedlichen Interessen und Werten sind somit dem Gemeinwillen, der in Gesetzen seinen Ausdruck findet, verpflichtet.

### 2.3.4 Deutschland – die „verspätete Nation“<sup>22</sup>

Der Weg Deutschlands hin zu einer parlamentarischen Demokratie unterscheidet sich deutlich und nachhaltig von den Entwicklungen in anderen westeuropäischen Ländern.

20 Vergleiche [www.boeckler.de/107575\\_107592.htm](http://www.boeckler.de/107575_107592.htm), abgerufen am 17.05.2019.

21 Die Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte wurde am 26. August 1789 ausgerufen und findet sich später auch in der Französischen Verfassung wieder.

22 Helmuth Plessner prägte diesen Begriff in seinem gleichnamigen Buch.



England und Frankreich hatten vor dem Hintergrund der Aufklärung ihre moderne Ausprägung erhalten. Die deutsche Reichsgründung von 1871 hingegen fiel in die materialistische Zeit<sup>23</sup> nach der Industriellen Revolution. So wurde Deutschland zu einer „Großmacht ohne Staatsidee“.<sup>24</sup>

Die nur teilweise demokratisch ausgerichtete deutsche Revolution von 1848<sup>25</sup> hatte sich zwei Aufgaben gestellt, die in der Parole nach Einheit und Freiheit ihren Ausdruck fanden: die Gründung eines Nationalstaates<sup>26</sup> und die politische Demokratisierung der Bürger. Die nach der Revolution zusammengekommene Nationalversammlung legte in der Paulskirche einen Verfassungsentwurf vor, der Volkssouveränität und die Gewährung von Grundrechten vorsah. Das Scheitern der Revolution hatte weitreichende Folgen. Das politische Bewusstsein des deutschen Bürgertums blieb auf die Obrigkeit und nicht auf universelle Freiheitsrechte bezogen.

Mit Bismarcks Reichsgründung 1871 entstand erstmals ein deutscher Nationalstaat. Die Einheitsfrage der Revolution von 1848 wurde somit gelöst. Die Freiheitsfrage hingegen wurde nur unbefriedigend beantwortet. Die Verfassung des Deutschen Reiches machte den Reichskanzler nicht vom Vertrauen des Reichstages abhängig. Die Staatsgewalt ging somit nicht vom Volk, sondern von den Fürsten und Ständen aus. Der Reichstag wurde zwar nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählt, konnte aber auf die Regierungsbildung keinen Einfluss nehmen. Der Reichskanzler wurde vom deutschen Kaiser ernannt. Die Demokratisierung in Form von Wahlen blieb folgenlos, weil sie

23 Das Deutsche Reich holte rasch den ökonomischen Rückstand zu den anderen europäischen Ländern auf. Ungehemmte Technizität und Effizienzorientierung verwandelten diesen rasch in einen Vorsprung.

24 Helmuth Plessner „Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes“, 1959. Das bedeutet, dass in Deutschland das Bürgertum nicht die ideelle, sinnstiftende Rolle einnahm, wie das in anderen europäischen Ländern der Fall war. Die Staatsidee wurde daher nicht durch ein aufgeklärtes, humanistisches Bürgertum eingefordert und getragen, sondern durch Bismarck „von oben“ implementiert. Der alte Obrigkeitsstaat wurde somit wiederbelebt statt abgeschafft und konnte damit fortwirken.

25 Die Revolutionäre zwangen die Fürsten zu liberalen Zugeständnissen. In der Frankfurter Nationalversammlung tagte erstmals ein gesamtdeutsches Parlament. Die neu entstehenden Parteien verfolgten unterschiedliche Ziele. Die Liberalen wollten mehrheitlich die Monarchie beibehalten. Die Demokraten befürworteten eine Republik.

26 Frankreich zum Beispiel war zur Revolution bereits ein Nationalstaat.

nicht von der Parlamentarisierung und damit der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung begleitet war.

Die Novemberrevolution führte am 9. November 1918 zur Ausrufung der Republik und zur Machtübernahme der Mehrheitssozialisten unter Friedrich Ebert. Der Kaiser und alle anderen Bundesfürsten dankten ab. Der Rat der Volksbeauftragten veranlasste Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, die am 19. Januar 1919 stattfanden und für die erstmals auch das Frauenwahlrecht galt. Die in Weimar tagende Nationalversammlung verabschiedete am 11. August 1919 die neue, demokratische Reichsverfassung.

Die Weimarer Republik war jedoch von Beginn an dadurch vorbelastet, dass die parlamentarische Demokratie aus einer militärischen Niederlage hervorging. Große Teile der deutschen Gesellschaft waren empfänglich für die Behauptung der nationalistischen Rechten, die parlamentarische Demokratie sei das System der westlichen Siegermächte. Militär, Richter und Beamte waren zudem durch die monarchisch-obrigkeitsstaatliche Tradition geprägt. Die Rolle des Reichspräsidenten war durch die Verfassung ohnehin stark. Zusätzlich gestärkt wurde sie durch instabile Mehrheiten und häufige Regierungswechsel. Weil es an beherzten Demokrat\*innen mangelte, konnte sie sich nicht wirksam gegen extremistische Kräfte wehren. Zudem verstand es Goebbels als Propagandaminister, geschickt und mithilfe moderner Methoden Stimmung gegen die Demokratie an sich zu machen.

Die Parlamentarische Demokratie scheiterte endgültig im Frühjahr 1930. Deutschland ging zu einem präsidentialen Notverordnungs-system über, das von der Reichsverfassung von 1919 vorgesehen war. In der Folge hatte der Reichstag weniger Einfluss als in der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs. In diesem Umstand lag die Chance für antiparlamentarische Kräfte. Die Nationalsozialisten nutzten diese Chance besonders gut. Die Machtübertragung und die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erfolgten am 30. Januar 1933. Der Reichstag stimmte am 23. März 1933 dem dafür notwendigen Ermächtigungsgesetz zu. Damit



erlangte Adolf Hitler als neuer Reichskanzler seine diktatorischen Befugnisse im Rahmen der Verfassung. Die Notwendigkeit für das Ermächtigungsgesetz begründete Hitler, indem er einen Bürgerkrieg propagandistisch inszenierte, der – aus dieser Perspektive – nicht mit demokratischen Mitteln zu bewältigen sei. In diesem Sinne hieß das Gesetz auch „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“.

### **2.3.5 Die Demokratisierung der Demokratie – das Frauenwahlrecht**

Wenn man sich die Geschichte der Demokratie anschaut, dann ist es durchaus verwunderlich, dass Frauen über 2500 Jahre von der Demokratie ausgeschlossen wurden. Während in den antiken Stadtstaaten wie beschrieben nur ca. 15 Prozent der Bevölkerung Bürger im Sinne einer gesellschaftlich-politischen Teilhabe waren, galten im

Verlauf des 19. Jahrhunderts immer mehr Männer als Bürger und konnten somit ihre Interessen in den politischen Prozess einbringen. Zwischen 1917 und 1920 erhielten dann Frauen in rund 17 Staaten die Wahlberechtigung.<sup>27</sup> Zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts trugen eine ganze Reihe von Faktoren bei. Um 1900 ließ sich weltweit ein kultureller Wandel erkennen, der zur Akzeptanz emanzipatorischer Bewegungen beitrug. Zudem bewirkte die Industrialisierung eine Veränderung des Alltags, sodass physische Körperkraft immer weniger relevant wurde. Diese Tatsache trug zum Wandel in der Geschlechterordnung bei. Die Zurückdrängung traditioneller Männlichkeit eröffnete den Raum für Frauen: in politischen Diskussionen, aber auch ganz konkret. Beides war nötig, um den Denkhorizont für das Frauenwahlrecht zu öffnen, damit es schließlich umgesetzt werden konnte.<sup>28</sup>

27 Vergleiche Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hrsg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburger Edition, 2018, S. 146.

28 Ebenda, S. 164f.



# 3. HERAUSFORDERUNGEN LIBERALER DEMOKRATIEN

Die Geschichte der Demokratie kann seit ihren Anfängen in der Antike als fortschreitende Erweiterung von Gleichheitsansprüchen und Teilhabeberechten gelesen werden. Historische gesellschaftliche Verhältnisse wie die Abschaffung der Sklaverei, die Aufhebung der Leibeigenschaft, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Gleichstellung der Frau oder das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung mussten in politischen Kämpfen hart errungen werden. Zum Kampf um politische Gleichberechtigung kommt der Kampf um soziale Rechte – das Recht auf Bildung sowie die kollektive Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Diese Errungenschaften bilden die materielle Grundlage für die Ausübung politischer Teilhabe. Der Prozess demokratischer Emanzipation ist nicht abgeschlossen und wird es vermutlich nie sein. Er muss von jeder Generation neu erkämpft werden.

Mit der digitalen Revolution stellt sich die Frage nach digitalen Bürgerrechten. Die Globalisierung erfordert neue Formen demokratischer Regulierung über den Nationalstaat hinaus. Die weltweite Migration setzt die Frage einer multiethnischen Demokratie auf die Tagesordnung.<sup>29</sup>

Demokratie mit „Herrschaft des Volkes“ zu übersetzen, reicht dabei für die demokratische Bearbeitung der anstehenden Aufgaben nicht aus. Ohne Gewaltenteilung, eine unabhängige Justiz, politischen Pluralismus, eine freie Presse und garantierte Bürgerrechte, die nicht durch eine Mehrheitsentscheidung aberkannt werden können, verwandelt sich die Herrschaft des Volkes im Extremfall in eine Tyrannei der Mehrheit. Die Wahrung der unveräußerlichen Menschenrechte ist dabei der Zweck jeder politischen Vereinigung und somit jedes demokratisch verfassten Staates. Die Freiheit der/des Einzelnen findet ihre Grenze nur in der Freiheit der anderen Gesellschaftsmitglieder. Auf der Ebene

der Verfassung findet diese Prämisse ihren Ausdruck in der Garantie von Minderheitenrechten.

Besondere Bedeutung für demokratische Gesellschaften haben zudem soziale Teilhaberechte. Ohne soziale Absicherung und den Ausgleich ökonomischer Ungleichheit bleibt großen Bevölkerungsteilen die materielle Grundlage verwehrt, die es braucht, um am gesellschaftlichen Leben umfangreich teilnehmen zu können.

## 3.1 Der Aufschwung der extremen Rechten zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Die Demokratie als politische Ordnung gerät zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Bedrängnis.

In Europa sind antilibérale, extrem rechte Bewegungen im Aufwind. Der Front National ist inzwischen stärkste Partei in Frankreich. In Österreich hat die Freiheitliche Partei Sozialdemokraten wie Konservative überholt und ist in Regierungsverantwortung.<sup>30</sup> In der Arbeiterschaft kommt die FPÖ auf absolute Mehrheiten, unter jungen, weißen Männern ist sie die mit Abstand am häufigsten gewählte Partei. In der Slowakei und Ungarn, in Bulgarien und Griechenland ist neofaschistischen Bewegungen der Sprung ins Parlament gelungen. In Ungarn und Polen regieren nationalkonservative Kräfte.

Rechtspopulistische Parteien bilden die erfolgreichste neue Parteiengruppe im Nachkriegseuropa. Den Zuwachs zeigen die absoluten Zahlen: In Westeuropa erhielten rechtspopulistische Parteien in den 1980er-Jahren bei nationalen Wahlen durchschnittlich 1,7 Prozent der Stimmen, in den 1990er-Jahren bereits 4,8 Prozent und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts 5,9 Prozent der Stimmen.

29 Weltweit befinden sich aktuell über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Davon sind zwei Drittel Binnenflüchtlinge.

30 Die Koalitionsregierung in Österreich aus ÖVP und FPÖ ist nach der sogenannten „Ibiza-Affäre“ von Heinz-Christian Strache (FPÖ-Parteiobmann und Vizekanzler) und einem Misstrauensvotum gegen Kanzler Kurz im Mai 2019 zerbrochen.



In vier europäischen Ländern erzielten rechte Parteien mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen: in Österreich die FPÖ, in Dänemark die Dänische Volkspartei DFP, in der Schweiz die Schweizerische Volkspartei SVP und in Ungarn die Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik).

### 3.2 Das rechte politische Spektrum – eine Begriffsklärung

Wird über Parteien und Gruppierungen rechts der „Mitte“ gesprochen, findet eine ganze Reihe von Begriffen Verwendung: Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, die extreme Rechte Neonazismus, Rechtspopulismus. Allen Begriffen gemein ist, dass sie nur vor ihrem zeithistorischen Kontext und in Kombination mit den damit verbundenen theoretischen Annahmen richtig verstanden werden können. Bei der Unterscheidung der Begriffe geht es somit nicht nur um unterschiedliche Definitionen, sondern auch um konkurrierende Wahrnehmungen der sozialen Realität.<sup>31</sup>

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten waren die Begriffe Neofaschismus und Neonazismus üblich und weit verbreitet. Beide Begriffe haben einen direkten Bezug zu historischen Selbstbeschreibungen politischer Bewegungen. Damit wurden Gruppen erfasst, denen eine positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus und/oder Faschismus attestiert werden konnte.<sup>32</sup>

Parallel dazu etablierte sich in der bundesrepublikanischen Debatte der Begriff des Rechtsradikalismus. Dieser avancierte in den 1990er-Jahren zu einer Alternative zum Begriff Rechtsextremismus.<sup>33</sup> In den 1990er-Jahren wurde der Begriff Rechtsradikalismus häufig verwendet. Parallel dazu hatte sich der Begriff Rechtsextremismus schon mehrere Jahrzehnte zum offiziellen Behördenterminus entwickelt und begonnen, sich als wissenschaftlicher

Sammelbegriff durchzusetzen.<sup>34</sup> Die große Stärke des Rechtsextremismusbegriffes besteht darin, dass er Integrationspotenzial hat, um analytisch politische Strömungen von gewalttätigen Neonazis bis hin zu völkischen Gruppierungen zu erfassen, ohne dabei deren Unterschiede und Differenzen verwischen zu müssen.<sup>35</sup>

Ein Begriff, der versucht die Probleme des Extremismusmodells zu umgehen, ist der Begriff extreme Rechte. Dieser Begriff bietet hinreichend Klarheit, um politisch rechte Strömungen zu differenzieren und dabei zwischen demokratischer und anti-demokratischer Rechter zu unterscheiden. In diesem Begriff wird zudem die Verbindung rechter Parteien und Gruppen zur Mitte der Gesellschaft mitgedacht.<sup>36</sup>

Unter Rechtspopulismus ist eine spezielle politische Strategie zu verstehen. Die inhaltlichen Schwerpunkte können dabei unterschiedlich sein, die (mediale) Inszenierung folgt jedoch einem ähnlichen Schema. Ein zentrales Merkmal ist der konstruierte Gegensatz zwischen Volk und Elite. Das Volk wird ethnisch homogen gedacht und im Gegensatz zu der politischen Elite. Die Ansprache teilt die Welt in ein „Wir“ und „die Anderen“. Es werden klare Feindbilder konstruiert. Feindbilder sind in der Regel Migrant\*innen, Asylsuchende, Muslim\*innen oder emanzipatorische Bewegungen.

Der Begriff Rechtspopulismus reicht zur politischen Verortung einer Partei oder Gruppe jedoch nicht aus, denn sowohl nationalkonservative als auch radikal rechte Parteien können sich dieser Strategien bedienen. Allerdings hilft der Begriff, verbindende Merkmale und Wirkungen unterschiedlicher rechter Parteien und Gruppen besser zu verstehen.<sup>37</sup>

31 Vergleiche Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus? Begriffsverständnisse in der Diskussion, in: Philip Baron, Ansgar Drücker, Sebastian Seng (Hrsg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-) Bildung und der Jugendarbeit, IDA e. V., S. 5.

32 Ebenda S. 6.

33 Ebenda S. 7.

34 In dieser Zeit galt Rechtsradikalismus als eine quasi abgeschwächte Variante des Rechtsextremismus, die zwar als irgendwie problematisch, aber noch nicht als verfassungs- bzw. demokratiefeindlich anzusehen wurde. Vergleiche ebenda S. 7.

35 Ebenda S. 8.

36 Ebenda S. 9.

37 Vergleiche Häusler, Alexander/Roeser, Rainer: Rechtspopulismus: Entwicklung und aktuelle Erscheinungsformen in Deutschland, S. 19f., in: Allmendinger, Björn/Fährmann, Joachim/Tietze, Klaudia (Hrsg.): Von Biedermännern und Brandstiftern. Rechtspopulismus in Betrieb und Gesellschaft, VSA Verlag, Hamburg, 2017.



### 3.3 Die Situation in Deutschland – die Entwicklung des rechts-populistischen Gedankens

Für Deutschland lässt sich die mögliche Gefährdung demokratischer Grundlagen durch rechts-populistische Parteien und Gruppierungen stellvertretend an der Anfang 2013 gegründeten Alternative für Deutschland (AfD) zeigen. Bereits aus heutiger Perspektive muss die AfD als eine der elektoral – in Wahlen – erfolgreichsten Parteienegründungen der bundesrepublikanischen Geschichte gelten. Während die AfD bei ihrer ersten Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Hürde knapp verfehlte<sup>38</sup>, konnte sie trotz parteiinterner Auseinandersetzungen bei der Bundestagswahl 2017 12,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen – das beste Ergebnis einer seit 1949 neu in den Bundestag eingezogenen Partei.

Das Gründungspersonal der AfD bestand hauptsächlich aus Marktradikalen und Neoliberalen, die sich als Anti-Euro-Partei verstanden. Die treibenden Kräfte dahinter machten bereits im 2005 veröffentlichten „Hamburger Appell“ ihr politisches Programm deutlich: „Die unangenehme Wahrheit besteht darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden möglich sein wird.“<sup>39</sup> Außerdem forderten die Ökonomen um den späteren AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch und eine generell höhere Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer\*innen.

Beim Parteitag in Essen 2015 spaltete sich die AfD. Der neoliberale Teil um den Parteigründer Bernd Lucke sammelte sich in der bis heute bedeutungslosen Partei Alfa. Der weiter rechts stehende, völkische Flügel der AfD nahm daraufhin Fahrt auf. Im Jahr 2018 ist die AfD in allen 16 Landesparlamenten vertreten.

38 Die AfD erlangte bei der Bundestagswahl 2013 im Osten 5,9 Prozent und im Westen 4,5 Prozent der Stimmen. Sie verdrängte so die FDP aus dem Bundestag, ohne selbst den Sprung ins Parlament zu schaffen.

39 Zitiert nach Quent, Mathias: Mimikry oder Mosaik-Rechte?, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror, S. 56.

Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag und Wortführer des völkisch-nationalen Parteiflügels der AfD, bekennt sich offiziell zwar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung<sup>40</sup>, strebt hintergründig jedoch eine „fundamental-oppositionelle Bewegungspartei“ an, die unter Umgehung regulärer demokratischer Wahlen einen nationalistischen Umsturz begleiten soll.<sup>41</sup>

Der Verfassungsschutz führt die AfD aktuell als Prüffall. Ein Prüffall stellt ein Vorstadium einer möglichen Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz dar.

### 3.4 Die Eckpfeiler antidemokratischer rechter Ideologien

„Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würde sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen, aus den Pressehäusern prügeln.“<sup>42</sup>

In diesem Zitat von Tatjana Festerling, einer der Pegida Mitorganisator\*innen bei Legida in Leipzig, wird die Elitenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft der extremen Rechten deutlich. Es wird von einem gewalttätigen Umsturz der Gesellschaft schwadroniert, in dessen Zuge demokratische Institutionen und gewählte Personen gewaltsam vernichtet werden sollen. Solche Phantasien sind keine bloßen Gedankenspinne. So fanden Sicherheitsbehörden seit 2011 bei Razzien und Festnahmen in

40 Die freiheitliche demokratische Grundordnung (abgekürzt: FDGO) ist ein Begriff des deutschen Grundgesetzes, der die unabänderliche Kernstruktur des Gemeinwesens beschreibt, unabhängig von seiner gegenwärtigen Ausprägung. Sie bezeichnet demnach die Kernsubstanz des geltenden Verfassungsrechts sowie die Grundprinzipien der politischen Ordnungs- und Wertvorstellungen, auf denen die liberale und rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland beruht. Nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) sind dies die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit.

41 Vergleich dazu Clemens Escher: Die AfD als Anti-Bundesrepublik-Partei, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?, Berlin 2016, S. 181.

42 Rede der Pegida-Mitorganisatorin Tatjana Festerling bei Legida in Leipzig am 11.01.2016, zitiert nach Korsch, Felix: Wehrhafter Rassismus. Materialien zu Vigantilismus und zum Widerstandsdiskurs der sozialen Bewegung von rechts, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror, Berlin 2018, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



der rechtsextremen Szene Listen, auf denen mehr als 25.000 Personen mit Namen, Telefonnummern und Adressen als „Feinde“ aufgeführt waren.<sup>43</sup>

Dem Personal der extremen Rechten geht es nicht um eine auf die Zukunft ausgerichtete Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Ihnen geht es auch nicht um eine Kritik an Staat und kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die politische Agitation bezieht sich vielmehr darauf, das angebliche Versagen des Staates zu behaupten und einen Austausch der Eliten vorzunehmen. Daher sind rechte Politikvorstellungen auch nicht radikal in dem Sinn, Probleme bei ihren Ursachen, ihrer Wurzel, anzugehen. So ist die Rechte zum Beispiel beim Thema Migration gegen die Anwesenheit von Flüchtlingen und nicht für die Bekämpfung von Fluchtursachen.

Die extreme Rechte reagiert auf gesellschaftliche Krisen in einer besonderen Weise. Sie fordert den Schutz und Vorrang der „eigenen“ Gruppe vor anderen gesellschaftlichen Gruppen und deren Forderung nach politischer Teilhabe. Die Popularität rechter Politikvorstellungen speist sich dabei aus zwei Quellen. Zum einen aus ihrem reaktionären Kern, das heißt aus nationalistischen, chauvinistischen und rassistischen Ideologien. Diesen Ideologien ist gemeinsam, dass sie prinzipiell von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen. Der Raum dessen, was in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit sagbar und damit machbar ist, soll ausgeweitet werden. Zum anderen spielt der militante Neonazismus eine entscheidende Rolle in diesem Weltbild. Militante, gewaltbereite Personen und Gruppen werden aus dieser Perspektive für den möglichen Fall eines gewalttätigen Volksaufstandes benötigt.

Bei dieser Vorstellung handelt es sich nicht um eine Spinnerei einiger verschrobener Köpfe. Die Gefahr einer gewaltsamen Radikalisierung des rechten Spektrums hat sich mit der (Selbst-)Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds

<sup>43</sup> Dies berichten die Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken, vergleiche [www.n-tv.de/politik/Rechte-setzten-25-000-Feinde-auf-Listen-article20552061.html](http://www.n-tv.de/politik/Rechte-setzten-25-000-Feinde-auf-Listen-article20552061.html), abgerufen am 16.05.2019.

nicht erledigt, sondern eher noch intensiviert.<sup>44</sup> In diesem Zusammenhang sind auch die Waffen- und Sprengstofffunde bei Razzien gegen die sogenannten Reichsbürger<sup>45</sup> zu sehen. Das gewalttätige Potenzial ist real vorhanden.

Genährt wird es durch die Sympathie größerer Bevölkerungsteile. Die Einstellungsforschung zeigt deutlich, dass „die vermeintlich klare Abgrenzung gegen Gewalt Augenwischerei [ist]. Wer rechtspopulistische Einstellungen vertritt, billigt mit einiger Wahrscheinlichkeit auch Gewalt zur Absicherung des eigenen Status.“<sup>46</sup> Gewalttätig sind letztlich immer nur wenige Personen, in der Regel junge Männer mit geringerer Bildung. Aber Anstoß zur Gewalt geben viele andere, die diese Gewalt mittragen und befeuern.“<sup>47</sup> Schon in kleinen Dosen zerstört der Einsatz von politischer Gewalt die demokratische Öffentlichkeit.

Die extreme Rechte zeichnet ein düsteres Gesellschaftsbild. Die Demokratie habe abgewirtschaftet, die deutsche Bevölkerung werde durch Zuwanderung zersetzt. Den Anknüpfungspunkt für derlei Einschätzungen bilden tief verwurzelte rassistische Einstellungsmuster in größeren Teilen der Bevölkerung und das sich ausbreitende Gefühl eines generellen Abgehängtseins. Der Blick in die Zukunft ist mit einem Heilsversprechen verbunden. In Aussicht gestellt wird eine angeblich bessere Zukunft, in der die vorhandenen Probleme der

<sup>44</sup> Vergleiche dazu Mathias Quent in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018, S. 58.

<sup>45</sup> Die Reichsbürgerbewegung ist ein Sammelbecken für Menschen, welche die Existenz der BRD als legitimer und souveräner Staat bestreiten und deren Rechtsordnung ablehnen. Ideologisch gehören die Ablehnung der Demokratie, Ideologieelemente des Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und teilweise Antisemitismus oder die Leugnung des Holocaust dazu. Sie teilen eine Haltung der Ablehnung einer offenen und pluralistischen Gesellschaft und weigern sich unter anderem, Steuern und Bußgelder zu zahlen oder Gerichtsbeschlüsse und Verwaltungsentscheidungen zu befolgen. Dabei berufen sich Reichsbürger darauf, dass ihrer Meinung nach das Deutsche Reich statt der Bundesrepublik weiterhin fortbestehe, entsprechend ihrer Ideologie entweder in den Grenzen des Deutschen Kaiserreichs oder in denen von 1937.

<sup>46</sup> Den Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und rassistischen Ideologien zeigt auch die Statistik des Bundeskriminalamtes für 2015. Es zählt 924 gewaltsame Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte, darunter zahlreiche Brandanschläge.

<sup>47</sup> Küpper, Beate/Zick, Andreas/Krause, Daniela: Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015, S. 42.



Vergangenheit angehören. Als notwendig dafür wird der Austausch herrschender gegen neurechte Eliten erachtet.<sup>48</sup> Der Austausch der Eliten soll den (angenommenen) Austausch der deutschen Bevölkerung verhindern. Die gewaltsame Vertreibung oder Vernichtung aller „Ausländer\*innen“ wird dabei befürwortet.

Populismus erfüllt die Funktion, ein politisches Alternativmodell anzubieten, das zentrale Elemente der Demokratie aufhebt – den politischen Pluralismus, die gesellschaftliche Heterogenität und die konflikthafter Interessenstrukturen. Der Populismus vermittelt dabei das Gefühl, man könne die Herausforderungen der Demokratie aufheben. In Wahrheit will er aber die moderne, aufgeklärte Gesellschaft selbst aufheben und appelliert dafür fortwährend an Affekte. Als Mobilisierungsgrund für dieses politische Programm wird ein zwingender Handlungsdruck behauptet. Mit den Worten Björn Höckes: „Unserem Vaterland bleibt nicht viel Zeit.“<sup>49</sup>

Im Kern ist dieser Kulturkampf von rechts ein Abwehrkampf gegen gesellschaftlichen Fortschritt und zunehmende Gleichberechtigung neuer gesellschaftlicher Gruppen und Lebensweisen. Im Bild des „Wutbürgers“ zeigen sich die Ursachen für die Angst vor gesellschaftlichen Veränderungen. Man fühlt sich kulturell bedrängt von der Krise des Patriarchats, dem Verlust männlicher Rollensicherheit, dem offenen Auftreten Homosexueller und der Einwanderung aus islamischen Ländern. Man fühlt sich „von denen da oben“ im Stich gelassen und gegängelt. Im Grunde jedoch ist man besorgt über den Verlust eigener Privilegien und die Infragestellung eigener Gewohnheiten. Verteidigt wird dabei ein (romantisches) Bild einer vergangenen Gesellschaft, die im Zuge von Globalisierung und sozialen Demokratisierungsprozessen ins Wanken geraten ist. Die Gleichberechtigung der Geschlechter<sup>50</sup>, die Tatsache, in einer Migrationsgesellschaft zu leben, und die Vielfalt der Lebensentwürfe im Allgemeinen werden dabei als Bedrohung empfunden.

48 In diese Stoßrichtung zielt auch die von Donald Trump im Präsidentschaftswahlkampf vertretene Forderung „Make America great again!“.

49 Zitiert nach Quent, Mathias in: Burschel, Friedrich, S. 61.

50 Die Einführung eines dritten Geschlechts mag in dieser Hinsicht ebenfalls verunsichern.

Durch die Migrationsdebatte steigt in der extremen Rechten der wahrgenommene Handlungsdruck.<sup>51</sup> Die Angst vor „Überfremdung“ ist somit nur die Spitze des Eisberges der Verunsicherung.

### 3.5 Die Krise der Demokratie im Rahmen der Arbeitswelt

Ökonomische Krisen und der Abbau des Sozialstaates führen zu Beginn des 21. Jahrhunderts für weite Teile der Bevölkerung zu Verunsicherung und einem zunehmenden Verlust der Planbarkeit des eigenen Lebens. Die sozialen Folgen der Sparpolitik, die Auswirkungen des globalen Freihandels, ausbeuterische Kredit- und Verschuldungspraktiken und damit verbunden prekäre, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse werden für immer mehr Menschen spürbar. Zudem ist die Wachstumsdynamik in vielen europäischen Ländern gering und die Jugendarbeitslosigkeit erschreckend hoch.

In diesem Zusammenhang kann auch der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen gesehen werden. Rechtspopulismus in Europa ist ein Phänomen relativ wohlhabender Gesellschaften, die jedoch einem zunehmenden Prozess sozialer Spaltung unterliegen. In Bezug auf das Privatvermögen in Deutschland ist diese Spaltung offensichtlich. So verfügt die untere Hälfte der Haushalte – statistisch gesehen – kaum über ein nennenswertes Vermögen,<sup>52</sup> während auf das oberste Zehntel fast 60 Prozent des gesamten Nettovermögens entfallen. Der Anteil des obersten Zehntels ist in den vergangenen Jahren nahezu kontinuierlich gestiegen und wird logischerweise weiter steigen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich somit immer weiter.

Mit der zunehmenden objektiven Unsicherheit geht häufig ein subjektives Gefühl der Verunsicherung einher. Immer größere Teile der Bevölkerung haben das Gefühl, dass sie bei der Fortführung des

51 So schreibt Björn Höcke in einem Brief: „Jedem Patrioten aber, der spürt, dass unserem Vaterland die Zeit davonläuft, dass unser geliebtes Deutschland jeden Tag mehr verschwindet, muss es die Zornesröte ins Gesicht treiben.“ Zitiert nach Kimmel, Michael: Angry White Man. Die USA und ihre zornigen Männer, Zürich 2015, S. 124.

52 Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass die untere Hälfte der Haushalte nicht nur über kein Vermögen verfügt, sondern häufig auch durch Schulden belastet ist.



gegenwärtigen Politikmanagements auf der Seite der Verlierer zu landen drohen.<sup>53</sup> Hinter den Enttäuschungen liegen selten tatsächliche Abstiegsprozesse.<sup>54</sup> Vielmehr geht es um die Erwartung einer wirtschaftlichen und sozialen Verschlechterung. Es geht um die Angst, dass es auch in Zukunft weiter und irreversibel bergab gehen wird.<sup>55</sup>

Die ökonomische Ungleichheit hat weitreichende Konsequenzen für die Integrationsfähigkeit westlicher Demokratien. Die Wahrnehmung gleicher Rechte, individueller Freiheiten und soziale Teilhabe wird durch die reale, ökonomisch bedingte Ungleichheit gebrochen. Diese Ungleichheit wiegt schwer, da sie die Lebenswirklichkeit der Menschen prägt und sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte und einer selbstbestimmten Lebensführung einschränkt.

Vor diesem Hintergrund mag es nicht verwundern, dass die Deutungen der extremen Rechten auf fruchtbaren Boden fallen. Da es sich um eine systemische Krise handelt, sind für viele Menschen die zugrundeliegenden Ursachen nur schwer erkennbar. Die reichlich vorhandene Wut sucht sich Wege zur Entlastung, indem neue Feindbilder gesucht werden.<sup>56</sup> Die Wahrnehmung sozialer Spaltung verschiebt sich dabei von „oben und unten“ hin zu „wir (das Volk) und die anderen“ (Ausländer\*innen, Migrant\*innen, Muslim\*innen). Die Ablehnung politischer Eliten und der Alleinvertretungsanspruch rechtspopulistischer Parteien als „wahre“ Vertreter des Volkes wenden sich gegen einen gesellschaftlichen Pluralismus, der die Grundlage einer lebendigen Demokratie bildet.

Die veränderte Mediennutzung kann diese Entwicklung verstärken. So erlangen soziale Medien

eine wachsende Bedeutung für den Informationsalltag breiter Bevölkerungsschichten. Aktuell informiert sich jede\*r fünfte Deutsche zu politischen Themen vorwiegend über soziale Netzwerke. Besonders hoch sind die Werte unter AfD-Anhänger\*innen. Die AfD hat auf Facebook mehr Sympathisant\*innen als jede andere Partei.<sup>57</sup>

Grundlegend lassen sich also Parallelen zwischen arbeitsweltlichen Transformationsprozessen – konkret den betrieblichen Verhältnissen – und deren Deutung durch rechte Ideologien ziehen. Dabei braucht der Kern dieser Ideologien von Aus- und Abgrenzung, Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus als notwendige Bedingung die Konkurrenz. Diese Konkurrenz wiederum steht im Gegensatz zu demokratischen Werten wie Solidarität, Gerechtigkeit und Humanität.

Auf der betrieblichen Ebene zeigt sich die Verschlechterung der Arbeitssituation als fortwährender Krisenprozess in Form einer Unsicherheit in Bezug auf Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen. Permanente Restrukturierungsprozesse, neue Qualifikationsanforderungen, abnehmende Tarifbindung, Arbeitsplatzabbau, Umstrukturierungen, steigender Leistungsdruck, Standortkonkurrenz, Arbeitsverdichtung, Überforderung durch Digitalisierungsprozesse und der Druck auf soziale Standards in der globalen Konkurrenz machen viele Menschen nicht nur müde, sondern wütend. Das Gefühl von Kontrollverlust im Großen und im Kleinen geht Hand in Hand mit einem Grundgefühl der Überforderung durch das Tempo des kulturellen, technischen und gesellschaftlichen Wandels. Mit einem Bonmot von Robert Musil gesprochen: „Fortschritt wäre wunderbar, wenn er einmal aufhören würde.“

53 Dabei beurteilt der Großteil der Bevölkerung die eigene materielle Situation noch als passabel.

54 Faschismus war unter anderem nach dem Soziologen S. M. Lipset schon immer ein „Extremismus der Mitte“. Die Abstiegsängste der Mittelschicht verschaffen rechten Bewegungen viel mehr Energie als die eher hilflosen Klagen der bereits Abgestiegenen. Vergleiche dazu Sauer, Dieter et al.: Rechtspopulismus und Gewerkschaften, Hamburg 2018, S. 21.

55 Dazu kommt die nicht unerhebliche Sorge, dass es den eigenen Kindern schlechter gehen wird als einem selbst.

56 Häufig sind die „neuen“ Sündenböcke ziemlich alt und knüpfen an eine lange Geschichte der Diskriminierung und Abwertung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen an.

57 Dabei ersetzt die umfangreiche, nicht direkt sichtbare Kommunikation in den sozialen Medien die noch fehlende Vorfelddorganisation der extremen Rechten. Vergleiche dazu Sauer, Dieter et al.: Rechtspopulismus und Gewerkschaften, Hamburg 2018, S. 18.



## 4. DEMOKRATIE IM BETRIEBLICHEN ALLTAG UND IN DER AUSBILDUNG

Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Staatsform braucht Orte, an denen sie erfahrbar und erlebbar wird. Demokratische Verfahrensweisen müssen erprobt, erlernt und angewendet werden. Die Arbeitswelt ist vor diesem Hintergrund ein besonderer Ort. Wenn Demokratieerleben eine zentrale, generationenübergreifende Bildungsaufgabe darstellt, müssen auch in Betrieben die Möglichkeiten für Teilhabe und Mitbestimmung geschaffen und erhalten werden.

Rechtlich und von ihrer Grundanlage her gesehen, sind Betriebe undemokratische Orte. Das Arbeitsrecht leitet sich in Deutschland aus dem im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelten Eigentumsrecht ab. Die Ware Arbeitskraft wird dabei vertraglich dem Eigentum des/der Arbeitgebers\*in übertragen. Diese/r hat daraufhin prinzipielle Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft. Die freie Verfügungsgewalt des/der Arbeitgebers\*in über die Arbeitskraft wird durch eine ganze Reihe von Gesetzen eingeschränkt: das Arbeitsschutzgesetz, das Arbeitszeitgesetz, das Berufsbildungsgesetz, das Jugendarbeitsschutzgesetz oder das Mutterschutzgesetz. Insgesamt regeln knapp 100 Gesetze und Verordnungen die Verwendung der Arbeitskraft und schränken diese zum Schutz der Arbeitnehmer\*innen ein.

All diese Gesetze und Verordnungen sind Ausdruck sozialer Kämpfe und wurden historisch errungen. Die Einschränkungen der potenziell autoritären Willkür des/der Unternehmers\*in sind somit ein Ausdruck demokratischer Gesellschaften und in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen. Wie andere demokratische Errungenschaften müssen auch die betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten beständig mit Leben gefüllt und verteidigt werden.

Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates, der Jugend- und Auszubildendenvertretung und der Schwerbehindertenvertretung regelt das Betriebsverfassungsgesetz. Dessen rechtliche Möglichkei-

ten beschränken somit die hierarchische Organisation von Betrieben und tragen dazu bei, diese zu demokratisieren.

Das Berufsbildungsgesetz regelt ebenfalls den Auftrag und die Ausgestaltung der Berufsausbildung. Der damit verbundene Auftrag geht deutlich über eine reine fachlich-berufliche Qualifikation hinaus. Es geht in der Ausbildung ebenso um die persönliche und individuelle Entfaltung des oder der Einzelnen. Der Paragraph 14 des Berufsbildungsgesetzes regelt dafür die Pflichten des/der Auszubildenden und nennt die Fürsorgepflicht gegenüber der persönlichen Entwicklung des/der Auszubildenden und seine/ihre charakterliche Förderung als entscheidenden Punkt. Das Ausbildungspersonal trägt somit zur charakterlichen Bildung junger Menschen bei. Diese beinhaltet auf den Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft auch die Förderung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen.

Solidarität, Kooperationsbereitschaft und Konfliktfähigkeit sind dabei grundlegende Voraussetzungen für das demokratische Zusammenleben – auch im Betrieb. Diese kann durch eine demokratisch organisierte, wertschätzende Arbeitskultur und die Gewährung von rechtlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten gelebt werden. Auch Betriebsvereinbarungen und die Festlegung von Verhaltenskodizes in Unternehmen können einen positiven Einfluss auf das soziale Miteinander im Betrieb entfalten.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und ökonomischer Transformationsprozesse können Sie einen Beitrag dazu leisten, Demokratie für die nachwachsende Generation erlebbar zu machen und – in manchen Fällen – zu verteidigen. Machen Sie sich zum Anwalt guter Lebens- und Arbeitsbedingungen für die junge Generation – ganz praktisch und tagtäglich im betrieblichen Alltag.



■ **Tragen Sie dazu bei, Vielfalt als gelebte Norm zu etablieren, und machen Sie diese deutlich.**

Widersprechen Sie, wenn Menschen verächtlich gemacht werden. Stehen Sie für Ihre Überzeugungen ein.

■ **Schaffen Sie eine gemeinsame Basis für alle Beteiligten.**

Fördern Sie den Gemeinsinn, den Zusammenhalt. Schaffen Sie Räume für gemeinsame, wertschätzende Erfahrungen.

■ **Seien Sie transparent in Ihren Entscheidungen und Ihrem Handeln.**

Demokratie lebt von transparenten Verfahren und Entscheidungen. Erleichtern Sie es Menschen, Entscheidungen mitzutragen, indem Sie die Wege und Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen deutlich machen.

■ **Pauschalisieren Sie nicht.**

Fällen Sie keine pauschalen Urteile und Aussagen über Menschen. Damit verfestigen Sie unter Umständen Verhaltensweisen. Kritik ist das Salz in der Suppe der Demokratie – die pauschale Abwertung von Akteur\*innen und Institutionen ist Gift!

■ **Zeigen Sie Zivilcourage.**

Intervenieren Sie bei der Verletzung von demokratischen Normen. Zeigen Sie, dass ein undemokratisches, abwertendes Verhalten nicht normal ist.

■ **Setzen Sie sich kritisch mit der Rolle der sozialen Medien auseinander.**

Allzu oft werden in diesen simple Erklärungsmuster und politische Patentrezepte angebo-

ten. In einer komplexen Welt gibt es jedoch keine simplen Lösungen. Setzen Sie sich mit Zielkonflikten und mit der Vielfalt unterschiedlicher Interessen auseinander, um zu brauchbaren Lösungen zu kommen.

■ **Widersprechen Sie der Verächtlichmachung von Politik und Parlamenten.**

Das abfällige Gerede von „den Politikern“ und „den Parteien“ schürt antidemokratische Ressentiments.

■ **Treten Sie aktiv Verletzungen der Menschenwürde einer jeden Person in Ihrem Umfeld entgegen.**

Treten Sie betroffenen Personen schützend zur Seite und positionieren Sie sich gegen jede Form von Erniedrigung, Beleidigung und Diskriminierung. Schauen Sie nicht weg. Treten Sie aktiv einer Normalisierung diskriminierender Aussagen und Handlungen entgegen. Fragen Sie die betroffenen Personen danach, wie Sie ihnen helfen können.

■ **Verteidigen Sie die universalen Menschenrechte – für alle Menschen.**

Die Menschenrechte garantieren allen Menschen Freiheit und Autonomie. Werden Sie aktiv, wenn diese Rechte einzelnen Personen durch Dritte abgesprochen werden. Dulden Sie keine Relativierungen, keine „Menschenrechte zweiter Klasse“ für bestimmte Personengruppen.



## 5. Literatur

Baron, Philipp/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian (Hrsg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, IDA e. V., 2018.

Bontrup, Heinz-Josef: Die Arbeitsmärkte waren in Deutschland noch nie in einem so schlechten Zustand, Interview, [www.iwipo.eu/der-kommentar/die-arbeitsmaerkte-waren-in-deutschland-noch-nie-in-einem-so-schlechten-zustand/](http://www.iwipo.eu/der-kommentar/die-arbeitsmaerkte-waren-in-deutschland-noch-nie-in-einem-so-schlechten-zustand/), abgerufen am 13.02.2019.

Burschel, Friedrich (Hrsg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018.

Emcke, Carolin: Gegen den Hass, Frankfurt am Main 2018.

Escher, Clemens: Die AfD als Anti-Bundesrepublik-Partei, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte?, Berlin 2016.

Förster, Mario/Beutel, Wolfgang/Fauser, Peter (Hrsg.): Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke, Frankfurt am Main 2019.

Informationen zur politischen Bildung, 332, 1/2017.

Kimmel, Michael: Angry White Man. Die USA und ihre zornigen Männer, Zürich 2015.

Küpper, Beate/Zick, Andreas/Krause, Daniela: Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015.

Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und Politische Bildung, Frankfurt am Main 2018.

Negt, Oskar: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010.

NS-Dokumentationszentrum München: Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945, Metropol Verlag, 2017.

Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, 1959.

Quent, Mathias: Mimikry oder Mosaik-Rechte?, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018.

Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hrsg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburger Edition, 2018.

Salzborn, Samuel: Populismus als Herausforderung für die beschleunigte Demokratie im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2018.

Samuel Salzborn: Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus? Begriffsverständnisse in der Diskussion, in: Philip Baron, Ansgar Drücker, Sebastian Seng (Hrsg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit, IDA e. V., Düsseldorf, 2018.

Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2018.

Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Springer Verlag, 2016.

Vorländer, Hans: Informationen zur politischen Bildung, Bundeszentrale für Politische Bildung, Heft 332, 1/2017.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände, Bonn 2016.











# MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,  
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Str. 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 43 01-193  
Fax: 0211 43 01-134

info@gelbehand.de  
www.gelbehand.de

SEB AG Düsseldorf

BIC: ESSEDE5F300

IBAN: DE10 3001 0111 1030 3438 00

## Fördermitgliedschaft

Ja, ich möchte Fördermitglied werden. Mein Förderbeitrag beträgt  36 Euro,  50 Euro,  60 Euro,  75 Euro,  100 Euro,  Euro und wird jährlich zu Lasten meines Kontos durch Lastschrift eingezogen.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Geburtsdatum\*:

Organisation/  
Gewerkschaft\*:

Funktion\*:

Telefon\*:

E-Mail

\*freiwillig Angaben

Ja, ich möchte mich aktiv engagieren.

**Einverständniserklärung „Aktiv für Chancengleichheit“**  
(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Ich bin damit einverstanden  Ich bin NICHT damit einverstanden, dass ich mit Name, Vorname, Gewerkschaftszugehörigkeit, Funktion und Wohnort als Fördermitglied im Magazin/ Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ (Print-, Webseite- und E-Mail-Version) erwähnt werde.

Wir weisen Dich darauf hin, dass deine im Magazin/Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ veröffentlichte Daten auch in Staaten abrufbar sind, die keine der Bundesrepublik Deutschland vergleichbaren Datenschutzbestimmungen kennen und in denen die Vertraulichkeit, die Integrität (Unverletzlichkeit), die Authentizität (Echtheit) und die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten nicht garantiert ist. Deine Einwilligung kannst Du jede Zeit widerrufen.

### SEPA-Lastschriftmandat

(Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.)

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,  
gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V., Hans-  
Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE40GHF00000595799

Ich ermächtige „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber:

Straße:

PLZ/Ort:

IBAN:

BIC:

Ort/Datum:

Unterschrift:

### Einwilligungserklärung Datenverarbeitung

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten von dem Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Fördermitgliedschaft stehenden Aufgaben zur Fördermitgliederverwaltung, -betreuung, -information sowie des Beitragsinzugs im erforderlichen Umfang erhoben, gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Eine Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt ausschließlich zum Zweck der Umsetzung der oben genannten Aufgaben. Eine darüber hinaus gehende Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit meiner gesonderten Einwilligung. Mir ist bekannt, dass die Einwilligung in die Datenverarbeitung der vorbenannten Angaben freiwillig erfolgt und jederzeit durch mich ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

Ort/Datum:

Unterschrift:



**Mach meinen Kumpel nicht an! –  
für Gleichbehandlung, gegen Rassismus  
und Fremdenfeindlichkeit e.V.**

Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf





# MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

**Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Beseitigung von Diskriminierung bleibt ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Ungleichbehandlung in Betrieben und Verwaltungen, fremdenfeindliche Schmierereien oder rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz oder in der Schule kommen immer wieder und überall vor. Daher machen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus immer Sinn – auch wenn es im Alltag noch andere Probleme gibt. Werde aktiv und nutze unser Angebot!**

## Informieren und Vernetzen

Anregungen für Deine Aktivitäten kannst Du Dir auf unserer Webseite holen. Dort warten auf Dich u.a. unser Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ (auch als Print- und E-Mail-Version erhältlich) und die Good Practice Datenbank. Hier findest Du Informationen zu Initiativen und Projekten aus Gewerkschaften, Unternehmen, kleineren und mittleren Betrieben, Verwaltung, Berufsschulen/-kollegs, aber auch Bildungsangebote der Gewerkschaften und viele Studien und Handreichungen.

## Engagement anregen, Engagement auszeichnen

Du, Deine Berufsschule, Dein Berufskolleg oder Betrieb können an unserem Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ teilnehmen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen! Attraktive Preise warten auf Dich!

## Fachwissen teilen

Für Deinen Betrieb, Deine Gewerkschaft, Deine Berufsschule oder Dein Berufskolleg bieten wir Veranstaltungen und Vorträge rund um Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gleichbehandlung in der Arbeitswelt an. Wir entwickeln Bildungsmaterialien, Unterrichtseinheiten und Lernmodule ([www.unterrichtsmaterial.gelbehand.de](http://www.unterrichtsmaterial.gelbehand.de)), die in Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und JAV-Seminaren eingesetzt werden können. Ruf uns an, wir beraten Dich gerne auch telefonisch.

## Zeichen setzen

Unser Logo, die Gelbe Hand, kannst Du auf Plakate, Flyer oder Broschüren setzen. Unsere Anstecker, Aufkleber und Fahnen eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Du kannst sie käuflich erwerben und dadurch auch die Arbeit des Vereins unterstützen.

## Fachstelle „Junge Aktive“

Unsere Fachstelle „Junge Aktive“ spezialisiert sich auf die betriebliche und gewerkschaftliche antirassistische Jugendarbeit. Sie bietet Dir Beratung und Unterstützung in Deinem Engagement in der Ausbildung, Berufsschule und in der Gewerkschaftsjugend. Wir entwickeln Vorträge, Workshops und Projekte ausgerichtet an die Rahmenbedingungen bei Dir vor Ort. Wir helfen Dir, Dich mit anderen jungen Aktiven zu vernetzen und auszutauschen.



## Unterstütze uns!

Unser Verein wurde 1986 von der Gewerkschaftsjugend gegründet und ist somit eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. Der Verein wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften unterstützt. Wir setzen uns für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus insbesondere in der Arbeitswelt ein.

Um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können, brauchen wir Deine finanzielle und ideelle Unterstützung! In Form einer Fördermitgliedschaft als auch durch eine Spende, durch die Werbung weiterer Förder\*innen, durch das Tragen des Ansteckers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

### Unsere Bankverbindung:

NORD / LB

BIC: NOLADE2H

IBAN: DE17 2505 0000 0152 0339 99

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden.



# MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

**Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,  
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.**

Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193  
Fax: 0211 / 43 01-134

info@gelbehand.de  
www.gelbehand.de  
www.facebook.de/gelbehand